

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 50-3 vom 15. Mai 2018

Rede der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Svenja Schulze,

zum Haushaltsgesetz 2018
vor dem Deutschen Bundestag
am 15. Mai 2018 in Berlin:

Herr Präsident!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sie wissen es vielleicht noch: Früher gab es einmal eine Vision, nämlich dass der Himmel über der Ruhr wieder blau werden sollte. Diese Vision ist später dann auch Wirklichkeit geworden. Heute sollten wir uns die Frage stellen: Was sind eigentlich unsere gegenwärtigen Visionen? Was wollen wir eigentlich erreichen – für uns und dafür, dass Umwelt und Natur wieder besser geschützt werden?

Aus meiner Sicht gehört dazu ganz klar, dass der Klimawandel gestoppt werden muss, dass wir die Artenvielfalt erhalten und auch wieder erhöhen müssen, dass alle Menschen eine intakte Umwelt mit sauberer Luft, sauberem Wasser und sauberen Böden vorfinden und dass nicht, im Gegenteil, die Gesundheit von Menschen durch schmutzige oder giftige Stoffe im Wasser, in der Luft oder im Boden mitunter großen Schaden nimmt.

Oftmals ist es heute so, dass wir die Natur nicht nur schützen müssen, sondern dass wir sie retten oder wiederherstellen müssen. Sie alle kennen die dramatische Situation, die vor kurzem öffentlich geworden ist: Über zwei Jahre lang sind millionenfach Plastikteile in die Schlei geleitet worden. Die Aufräumarbeiten, die dort jetzt anstehen, sind äußerst anstrengend, weil dieser Plastikmüll über viele, viele Kilometer verteilt ist und manche Teilchen so winzig klein sind, dass sie im Boden oder im Schilf festhängen.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Diese Beispiele illustrieren, dass alle unsere Bemühungen, sei es Mülltrennung, Recycling oder Verwertung, oft immer noch nicht ausreichen, um unsere Umwelt vor Zerstörung zu schützen. Das ist aber etwas, das den Menschen wirklich auf den Nägeln brennt. Eine aktuelle Umfrage besagt, dass sich über 70 Prozent der Befragten Sorgen machen, ob bei der Herstellung von Produkten wirklich auf die spätere Entsorgbarkeit geachtet wurde, und fordern ein, dass darauf geachtet wird.

Ja, es ist richtig – das höre ich immer wieder –, es wird schon eine Menge getan. Aber wir müssen die Prozesse bis zu ihrem sprichwörtlichen Ende denken. Wir müssen noch besser werden und von Einweg- und Wegwerfgewohnheiten wirklich wegkommen. Mein Teil dieser Vision ist, dass Umweltschutz eine Sache ist, bei der jeder und jede mitmachen kann. Ich bin fest davon überzeugt: Umweltpolitik darf kein Elitenprojekt sein, bei dem der eine mit erhobenem Zeigefinger herumläuft und vorgibt, was andere zu tun und zu lassen haben. Aber genauso wenig reicht es – das sage ich klar und deutlich –, wenn Umweltschutz von der breiten Masse auf eine kleine Gruppe abgewälzt wird, die man anschließend als Ökos verunglimpft. Umweltschutz braucht eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, aber nicht nur Akzeptanz. Wir brauchen die Unterstützung der gesamten Gesellschaft. Wir alle können zumindest Teilzeitheilige in Sachen Klima- und Umweltschutz werden. Das gilt für den Landwirt genauso wie für den Autofahrer oder den Häuslebauer. Wenn alle mitmachen, können wir dem Ziel einen großen Schritt näherkommen. Genau das ist es, wofür ich mich einsetzen werde. Die Idee mit dem Teilzeitheiligen, muss ich vielleicht noch sagen, ist nicht von mir, sondern von Hubert Weinzierl. Ich finde sie aber noch immer sehr bestechend.

Der blaue Himmel über der Ruhr, den wir heute wieder haben, war nicht das Ergebnis eines industriellen Stilllegungsprogramms. Das war ein Erfolg, den wir mittels neuer Technologien erzielt haben. Die Luft ist dort sauberer geworden durch Investitionen in Innovationen, mit einem weiteren schönen Nebeneffekt: Man möchte fast sagen, im gleichen Atemzug sind neue Branchen mit neuen Arbeitsplätzen und neuen Wertschöpfungsketten entstanden. Dadurch ist der Wandel letztendlich allen zugutegekommen. Darum geht es in der Umweltpolitik auch: Es geht um Deutschlands Zukunftschancen. Wir sind auf Innovationen angewiesen bei den Umwelttechnologien, in

der Mobilität, in der Landwirtschaft und natürlich auch bei der Energie. Mit diesen Innovationen werden wir unsere Zukunft sichern.

In den 70er Jahren waren Kohlendioxidemissionen noch nicht das vordringliche Problem. Das hat sich vor dem Hintergrund des Klimawandels absolut geändert. Wir werden mit der Strukturwandelkommission dafür sorgen, dass der Ausstieg aus der Kohlenutzung mit einer guten Regionalentwicklung verbunden ist, denn es geht heute genauso wie damals um neue Technologien und neue Perspektiven für die betroffenen Regionen. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass diese Kommission einen nahezu historischen Auftrag hat, weil sie ein Enddatum für die Kohlenutzung festlegen soll.

Ich bin für mehr Fluglärm, und zwar für den Fluglärm von Insekten über unseren Äckern, Wiesen und Gärten. Dieser Soundtrack einer gesunden Umwelt ist jetzt endlich auch auf der Playlist der Bundesregierung. Ich würde mich freuen, wenn das viele Kolleginnen und Kollegen vor allen Dingen im Bundeslandwirtschaftsministerium genauso sehen würden. Deswegen dränge ich so darauf, dass das Aktionsprogramm für den Insektenschutz nun zügig vorankommt. Die Eckpunkte habe ich bereits vorgelegt. Wir müssen beim Pflanzenschutz weiterkommen. Wir müssen den Blick über Glyphosat und Neonikotinoide hinaus richten. Wir brauchen ganz generell einen sorgsameren Umgang mit Pflanzenschutzmitteln. Aber das kann nur der Anfang sein. Wir brauchen eine neue Ackerbaustrategie. In den Eckpunkten für ein Aktionsprogramm „Insektenschutz“ habe ich sowohl für den Bereich der Pflanzenschutzmittel als auch für den Ackerbau erste Überlegungen vorgelegt. Wir müssen den Weg zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft endlich freimachen. Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft im vitalen ländlichen Raum. Die Landwirtschaft muss im Einklang mit Natur und Umwelt betrieben werden und übrigens mit einer stärkeren regionalen Wertschöpfung auch wieder mehr Jobs für die Regionen schaffen.

Es gibt eine Menge zu tun. Ich möchte, dass wir gemeinsam einen modernen, einen umweltfreundlichen Industriestaat entwickeln. Wir müssen uns an die Beantwortung der Fragen machen, wie wir es schaffen, dass die Industrie treibhausgasneutral ist. Für mich ist klar: Gesunde Umwelt und die Gesundheit der Menschen gehören zusammen, und deshalb setze ich mich natürlich auch weiter für eine bessere Luftqualität

ein. Wir alle wissen, dass die Pkws zu viele Stickstoffdioxide ausstoßen. Wir brauchen aber sauberere Autos. Da kann ich den Herstellern nur empfehlen, auch die Hardware ihrer Autos nachzurüsten. Das wäre ein Gewinn für die Menschen und die Umwelt. Außerdem würde es helfen, Fahrverbote zu vermeiden und den Wertverlust von Dieselfahrzeugen zu stoppen.

Sie sehen: Bei der Mobilität ist es genauso wie beim Kohleausstieg oder in der Landwirtschaft: Aus der scheinbar grünen Frage ist schon lange eine rote Frage geworden.

Es geht auch um die Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Es ist unsere Verantwortung als Umweltpolitikerinnen und -politiker, dass Menschen und – ich füge hinzu – vor allen Dingen Menschen mit geringem Einkommen ökonomisch und ökologisch nicht zusätzlich belastet werden. Das ist mir als sozialdemokratischer Umweltministerin ein wichtiges Anliegen und ein Anliegen, für das ich in dieser Koalition auch wirklich eintrete.

Zu einer ökologischen Industriepolitik zählen das Klimaschutzgesetz und die Maßnahmenprogramme, mit denen wir das Klimaziel 2030 erreichen werden. Diese langfristige und verlässlich angelegte Politik ist ein Modernisierungstreiber für die gesamte Wirtschaft.

Apropos Verlässlichkeit: Verlässlichkeit ist ein ganz hohes Gut – gerade in einer Koalition. Zu Verlässlichkeit gehört, dass man sich an Vereinbarungen hält. Die Vereinbarungen zu den Sonderausschreibungen im Koalitionsvertrag sind eindeutig: Wir wollen Sonderausschreibungen von vier Gigawatt für Windenergie und Photovoltaik, mit denen acht bis zehn Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Der vom Bundeswirtschaftsminister vorgelegte Gesetzentwurf enthält leider null Ausschreibungen. Damit würde der bisher einzig gesicherte Beitrag zur Minderung der Klimaschutzlücke entfallen. Das ist nicht akzeptabel, und deshalb habe ich auch der Versendung des Gesetzentwurfes an die Länder und an die Verbände widersprochen. Wir bestehen darauf, dass der Koalitionsvertrag eins zu eins umgesetzt wird.

Die Menschen müssen sich auf diese Koalition verlassen können, und das geht nicht, wenn sich Teile der Union gleich bei den ersten Projekten in die Büsche schlagen. Das werden wir hier nicht zulassen.

Wir setzen insgesamt mit dem Einzelplan 16 die richtigen Signale. Wir werden den Umwelt- und Naturschutz weiter stärken und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass das Atomzeitalter sicher zu Ende gebracht wird. Damit tragen wir in ganz erheblichem Maße zur Lebensqualität und zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes bei. Für die Politikfelder des Umweltbereiches ist im Regierungsentwurf ein Mittelzuwachs in Höhe von 371 Millionen Euro vorgesehen. Das ist ein Plus von 23 Prozent. Wir investieren mit einem Plus von über 50 Millionen Euro mehr in den internationalen Klimaschutz.

Wir machen sehr, sehr deutlich: Umweltpolitik ist Industriepolitik, ist Arbeitsmarktpolitik, ist Zukunft. Mit Umwelttechnik und Ressourceneffizienz können wir unsere Wirtschaft umfassend modernisieren. Diesen Weg der Modernisierung wollen wir mit dem Bundeshaushalt 2018 aktiv gehen. Dafür werbe ich hier noch einmal um Ihre Unterstützung.

* * * * *